

Verantwortung zeigen – Integration stärken

Resolution der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main vom 7. Oktober 2015 zur aktuellen Entwicklung der Asyl-Herausforderungen

Europa, und hier insbesondere Deutschland, steht auf Grund des gewaltigen Anstiegs der Zahl von Flüchtlingen, egal aus welchen Gründen sie kommen, vor immensen Herausforderungen. Das Schließen von Grenzen, Einstellen von Zugverbindungen oder andere Maßnahmen mögen Atempausen schaffen, um die Aufnahmestrukturen an die Flüchtlingszahlen und -wege anzupassen, werden den weiteren Zustrom aber nicht dauerhaft vermindern.

Diskussionen darüber, wie in den Herkunftsländern Voraussetzungen geschaffen werden können, um weniger Menschen zur Flucht zu bewegen, kommen um Jahre zu spät, ebenso Hilfsangebote für die Erstaufnahmeländer rund um die Krisenherde in der Hoffnung, den aktuellen Flüchtlingsstrom einzudämmen. Gleichwohl müssen wir die betroffenen Länder darin unterstützen, Strukturen zu schaffen, die es den Menschen ermöglichen, in relativer Sicherheit und relativem Wohlstand in der Heimat oder zumindest heimatnah zu leben. Außerhalb milliardenschwerer staatlicher Unterstützungsleistungen können hierbei auch Unternehmen ihren Beitrag leisten. Zu nennen sind beispielsweise transparente Wirtschaftsbeziehungen, faire Preise, soziale Arbeitsbedingungen und Ressourcenschutz, die direkte und indirekte Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation in den Heimatländern der Flüchtlinge haben.

Mit wenigen Ausnahmen wurden die Flüchtlinge in Deutschland bisher mit großer Sympathie und Hilfsbereitschaft der Bevölkerung aufgenommen. Diese positive Grundstimmung muss nicht nur erhalten, sondern gerade im Hinblick auf die nachfolgend erforderliche Integration ausgebaut und in organisatorisch geordnete Bahnen gelenkt werden. Auch die Wirtschaft ist hierbei in besonderer Weise gefordert, kann sie doch Ausbildungs- und Arbeitsstellen zur Verfügung stellen. Voraussetzung ist jedoch, dass die Politik geeignete Rahmenbedingungen setzt. Selbst wenn dies zeitnah geschehen sollte, ist es allerdings unrealistisch, davon auszugehen, dass alle anwesenden und noch kommenden Flüchtlinge mit Bleibestatus erfolgreich von den Unternehmen in die Arbeitswelt integriert werden können. Insbesondere der Fachkräftemangel wird allein über die Flüchtlinge nicht gelöst werden können.

Die Diskussionen über sichere Herkunftsländer und ein Einwanderungsgesetz sollten schnellstmöglich abgeschlossen werden, um den Betroffenen klar ihre individuellen Perspektiven zu zeigen.

Wie es ist

- Im ersten Halbjahr 2015 beantragten rund 218.000 Menschen Asyl in Deutschland – mehr als im gesamten Jahr 2014. Bis Ende 2015 rechnen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie das Bundesinnenministerium mit insgesamt 800.000 Asylanträgen deutschlandweit, Hessens Ministerpräsident und aktuellste Schätzungen gehen sogar von einer Million Anträge in 2015 aus. Damit wird der letzte große Flüchtlingsstrom von 1992 um fast das Doppelte übertroffen.
- Nach dem sog. „Königsteiner Schlüssel“ muss Hessen 7,3 Prozent der Flüchtlinge aufnehmen – entsprechend ist mit rund 60.000 Flüchtlingen zu rechnen, die im Laufe des Jahres in Hessen ankommen werden. Allein die Stadt Frankfurt am Main geht davon aus, dass sie in diesem Jahr rund 6.000 Flüchtlinge aufnehmen wird. Im Main-Taunus-Kreis wurden bisher rund 1.600 Menschen aufgenommen. Man bereitet sich gerade auf die Aufnahme weiterer Flüchtlinge vor. Im Hochtaunuskreis waren zum

31.08.2015 1.659 Flüchtlinge untergebracht, weitere rund 1.000 Flüchtlinge waren dort zwischenzeitlich aufzunehmen bzw. werden erwartet.

- Diese Entwicklung stellt die Gesellschaft, Politik und auch Wirtschaft vor große Herausforderungen. Es sind aber nicht nur humanitäre Gründe, die die Verantwortung mit sich bringen, menschenwürdige Aufnahmebedingungen und klare, effiziente und transparente Asylprozesse zu gewährleisten. Es sind vor allem auch handfeste volkswirtschaftliche Gründe, die dafür sprechen, auch die Chancen des Flüchtlingsdramas zu erkennen und wahrzunehmen – so fehlen allein in diesem Jahr rund 45.000 Fachkräfte im IHK-Bezirk Frankfurt am Main.
- Grundsätzlich müssen die arbeitsmarktorientierte Zuwanderung und die Zuwanderung aus humanitären Gründen klar unterschieden werden. Dennoch gibt es Überschneidungen: Flüchtlinge können über Qualifikationen verfügen, die in deutschen Betrieben gefragt sind. Zudem haben anerkannte Flüchtlinge nach der Genfer Konvention und Asylberechtigte nach Art. 16 a GG Zugang zum Arbeitsmarkt.

Was zu tun ist:

- Aus Sicht der IHK Frankfurt am Main ist es nötig, das Asylverfahren insgesamt zu beschleunigen, denn lange Wartezeiten stellen alle Beteiligten vor große Herausforderungen. Bei Asylbewerbern, die nahezu keine Aussichten auf Anerkennung haben – z. B. weil sie aus sicheren Herkunftsländern kommen – bedarf es einer schnellen Entscheidung (z. B. 14 Tage). Ansonsten fehlen diese Kapazitäten für die Bearbeitung der Anträge von Flüchtlingen, die voraussichtlich Anspruch auf Asyl haben.
- Eine Integration in unser Wertesystem ist unerlässlich, auch um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu sichern. Dazu ist es erforderlich, dass den Flüchtlingen unsere Werte auf Basis der Vorgaben des Grundgesetzes aktiv vermittelt und von diesen in geeigneter Form anerkannt werden. Hierzu zählen insbesondere, aber nicht nur: Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie die Religions- und die Meinungsfreiheit und Konfliktlösungen auf friedlichem Wege. Den Flüchtlingen ist zu verdeutlichen, dass sie bei Verstößen gegen unser Wertesystem mit angemessenen Reaktionen rechnen müssen. Andererseits sind aber auch die Sitten und Gebräuche der Flüchtlinge, die nicht in ausdrücklichem Widerspruch zu unserem Wertesystem stehen, zu schützen.
- Es ist ein schlüssiges Konzept für die zukünftige Unterbringung der anerkannten Flüchtlinge vorzulegen. Hier ist eine enge Abstimmung mit Grundstücks- und Gebäudeeigentümern erforderlich, um schnell und preisgünstig Wohnraum anbieten zu können. Enteignungen oder enteignungsähnliche Maßnahmen gefährden dabei die Solidarität mit den Flüchtlingen. Auch ist darauf zu achten, dass es nicht zu einem Verdrängungswettbewerb zu Lasten der bereits hier Lebenden kommt.
- Auszubildende und Unternehmen brauchen Rechtsicherheit hinsichtlich ihres Engagements in der Ausbildung. Geduldete Ausländer, die eine Ausbildungsstelle in Deutschland gefunden haben, sollen ihre Ausbildung auch abschließen können. Bei den bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten für eine anschließende Beschäftigung braucht es ebenfalls mehr Rechts- und Planungssicherheit für die Unternehmen – derzeit gibt es hier eine sehr unterschiedliche Verwaltungspraxis. Sinnvoll wäre, unter Berücksichtigung sicherheitsrelevanter Fragen eine befristete Arbeitserlaubnis für eine zweijährige Anschlussbeschäftigung im Ausbildungsbetrieb zu erteilen (3+2-Regelung = dreijährige Ausbildung + mindestens zweijährige Weiterbeschäftigungsmöglichkeit).

Bildungs- und Ausbildungsperspektiven sind gerade auch wichtig für Kinder und Jugendliche, die ohne Familie zu uns kommen.

- Darüber hinaus ist durch eine frühzeitige Einbindung der Arbeitsagenturen eine Qualifikationsfeststellung bei Asylbewerbern möglichst schon bei Antragstellung vorzunehmen. Auf dieser Grundlage kann eine Beratung zu den bestehenden Möglichkeiten für eine Ausbildung oder Beschäftigung erfolgen und ein zügiger Arbeitsmarktzugang ermöglicht werden.
- Zudem sollte die Durchlässigkeit des Asylverfahrens für qualifizierte Bewerber mit Blick auf den Erhalt eines regulären Aufenthaltstitels geprüft und bei Bedarf erleichtert werden.
- Hilfreich ist es insgesamt, die regulären Zuwanderungsmöglichkeiten im Ausland besser zu kommunizieren – und so alternative und erfolgversprechendere Wege aufzuzeigen.
- Die Sprachförderung muss neu ausgerichtet werden: Es sollte eine durchgängige und zeitlich aufeinanderfolgende Förderung bis zur Niveaustufe B2 erreicht werden. Um Überschneidungen der Förderprogramme zu vermeiden, muss ein zwischen Kommunen, Land und Bund einheitliches Sprachförderkonzept angestrebt werden. Zudem sollte berufsbezogenes Deutsch früher gefördert werden.

Was tut die IHK

- In den vergangenen Monaten hat die IHK Frankfurt am Main die Betreuung der Mitgliedsfirmen ausgebaut mit dem Ziel, den Fachkräftebedarf der Betriebe auch durch die Beschäftigung von Migranten zu bedienen. Mit den diversen Beratungs- und Informationsangeboten zur Förderung der Willkommenskultur in den Betrieben konnte bereits Vorarbeit geleistet werden, um die jetzigen Anforderungen an die Integration von Migranten sachgemäß anzugehen. Hierzu zählen insbesondere die Unterstützung zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse sowie die Einrichtung einer neuen Praktikumsbörse, die von minderjährigen Flüchtlingen genutzt werden könnte.
- Angesichts der jetzigen Entwicklung werden wir prüfen, welche weiteren Initiativen und Projekte zielführend sein können. Hierzu können gehören die Information und Mobilisierung von Unternehmen über die Gewinnung von Paten, die Migranten bei ihren ersten Schritten in den Betrieben unterstützen, das Anwerben von Praktika zur Einstiegsqualifizierung in Berufsausbildung bis hin zu Speeddating-Formaten, um Migranten und Betriebe zusammenzubringen.
- Gerade kleine und mittlere Unternehmen, die nur einen Flüchtling oder nur wenige Flüchtlinge aufnehmen können, werden möglicherweise recht schnell vor organisatorische oder bürokratische Hindernisse gestellt werden. Hier kann die IHK in ihrem Netzwerk helfen, beispielsweise bei der Organisation gemeinsamer Sprachkurse, anderer Weiterbildungsangebote oder auch nur bei den Behördenkontakten.